

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 43 (1960)
Heft: 1

Artikel: Die SPD und die christlichen Kirchen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-410946>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

3. Da haben wir es nun ausschließlich mit unseren «Chläblüsli» zu tun, mit *dem* Drittel, also den Kirchenangehörigen, die durchaus keine Steuer zahlen wollen. Gewiß haben sie sich ihrem Glauben völlig entfremdet, haben innerlich mit Glauben und Kirche gebrochen. Diesen Bruch machen wir ihnen natürlich nicht zum Vorwurf; wenn irgend jemand auf der Welt sie darin versteht, dann sicherlich wir! Unsere sehr dringlich gemeinten Fragen aber lauten:

Wenn ihr doch mit der Kirche gebrochen habt, warum bleibt ihr Kirchenmitglieder? Warum denn krallt und saugt ihr euch, wie Klebläuse, so fest an diese Kirche an? Wenn ihr innerlich die Beziehungen zu Glaube und Kirche gebrochen habt, warum zieht ihr nicht die saubere Konsequenz, nun auch äußerlich die Beziehungen zu brechen? Warum nicht vor euch selbst, vor der Kirche und vor der Oeffentlichkeit hier sauberen Tisch machen? Wenn euch wirklich nur noch die Sorge um die Konvention, die Sorge um Taufe, Ehe und Begräbnis an der Ablösung von der Kirche hindert — warum nicht mit wenig Mitteln und gutem Willen eine Organisation schaffen, welche die Durchführung dieser drei Feiern übernimmt, gewiß außerhalb des Kirchenglaubens, dafür auf dem Grund und Boden von weltanschaulichen Ueberzeugungen, die hinter denen der Kirche an Wahrheit, Würde und Schönheit in keiner Weise zurückstehen?

So weit unsere Fragen. Und nun unsere Wünsche:

a) Möchte doch die protestantische Kirche Kraft und Mut aufbringen, diese «Chläblüsli» vor der Kirchentüre von sich abzuschütteln! Ein ganzes Drittel ihres Mitgliederbestandes also ist für Kirche und Glaube tot und abgestorben. Die Kirche muß aber doch, so lange dieses Drittel in der Kirche bleiben will, ihre Betreuungsorgane auch für diese Abgefallenen bereit halten und besolden — eine schwere finanzielle Belastung!

Aber wir wissen, dieser Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen. Die Kirche wird diese Kraft nicht aufbringen. Wohl aber ruft sie den Staat zu Hilfe, daß er an ihrer Stelle die säumigen Zahler am Kragen packe und zur Entrichtung der Steuer zwinge. Mit Teufelsgewalt wird so ein unwürdiger und unaufrechter Zustand aufrecht erhalten. Aber offenbar macht das der Kirche keine großen Sorgen. Wichtiger als eine ehrliche und saubere Lösung ist ihr das statistische Prestige ihres Mitgliederbestandes.

b) Nun hat die Strafe unsere Klebläuse also doch noch erreicht. Jetzt also besorgt der Staat das Inkasso. Jetzt müssen sie daran glauben und ihre Kirchensteuern bezahlen, denn dem Staat stehen für sein Inkasso Druckmittel zur Verfügung, welche der Kirche nicht zustanden. Das geschieht den kirchlichen «Chläblüsli» ganz recht, wir mögen ihnen das Pech gönnen. Von uns aus dürfte der Staat diesen unverbesserlichen Klebläusen die doppelte oder dreifache Steuer «uffsknallen» — wie der Berliner sagt! —, nur damit sie sich endlich zu dem schon längst fälligen Kirchenaustritt entschließen können.

Aber wir wissen — auch dieser Wunsch wird uns nicht erfüllt werden. Gut schweizerisch geht man hier allen tapferen und großen Entschlüssen aus dem Wege, gut schweizerisch wird auf dem breiten Mittelweg des geringsten Widerstandes weitergewurstelt!

Omkron

Die SPD und die christlichen Kirchen

Wie der «Vorwärts», das Organ der SPD, meldet, trafen sich auf dem evangelischen Kirchentag die christlichen Sozialisten. Die Tagung stand unter der Leitung des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands, der unverdrossen an der Verständigung zwischen Christentum und Sozialismus arbeitet. Sozialistische Internationale und SPD haben 1953 und 1954 das Christentum ausdrücklich als eine sozialdemokratische Kraftquelle festgestellt. Die Kirche müsse wieder der Masse

der modernen Menschen die Botschaft Jesu nahebringen. Dazu müßten sich Kirche und Sozialismus in brüderlicher Tat die Hände reichen. In diesem Sinne ergingen an den Sozialistentag Grußworte von Willy Brandt (Berlin), Max Brauer (Hamburg), Werner Bockelmann (Frankfurt) und Heinrich Kopf (Hannover).

Folgerichtig heißt es denn auch in der Präambel zum neuen Grundsatzprogramm der SPD von 1959, daß die christliche Ethik zu den Wurzeln der Sozialdemokratie gehöre (allerdings waren die Gründer der SPD entgegengesetzter Meinung). Es wird gegenseitige Toleranz von Staat und Kirche gefordert und der Sozialismus als Ersatzreligion abgelehnt. Sozialdemokraten und Katholiken trafen sich im Rahmen der sogenannten «Sozialistischen Bodensee-Internationale». Alle Teilnehmer waren gewillt, künftig die Gespräche zwischen SPD und römischer Kirche weiterzuführen. Gemeinsamkeiten wurden festgestellt und hundertjährige alte Mißverständnisse abgebaut. Der Vertreter der Katholischen Kirche, Pater Simmel erklärte, es bestünden keine Hindernisse für eine Verständigung mehr, wenn die SPD sich an die päpstliche Enzyklika «Quadragesimo anno» halte, sich zum katholischen Naturrecht bekenne und die unaufgebbaren Wahrheiten der römischen Kirche respektiere. Das neue Grundsatzprogramm bedeute in dieser Hinsicht einen wesentlichen Fortschritt. Ferner wurde gefordert, die SPD solle der Kirche in der Gesellschaft das Mitspracherecht zugestehen in der Form, daß Weisungen der Kirche für die Katholiken in der SPD bindend seien und sich auch die katholischen SPD-Abgeordneten bei Abstimmungen entsprechend zu verhalten hätten.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund bemüht sich in seiner Spalte um die Gunst der katholischen Kirche. Zum ersten Male in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte sprach zur Eröffnung des Gewerkschaftskongresses in Stuttgart 1959 ein Jesuitenpater vom Zentralausschuß deutscher Katholiken. Der Kreisausschuß Hameln stellte einen Antrag, der die Mitgliedschaft in der katholischen Arbeiterbewegung für unvereinbar mit derjenigen im DGB erklären wollte. Er wurde vom Kongreß abgelehnt.

Doch seien auch die Stimmen, welche diese Entwicklung kritisieren, nicht verschwiegen:

So gut wie Erzbischof Kardinal Frings, Köln, in einer Predigt feststellte, daß Sozialismus und Katholizismus nicht vereinbar miteinander seien, es sei der Erbfehler aller Sozialisten, daß sie sich vom Staat alles erhofften und darüber die Familie vergäßen, nahm auch Willi Henkel vom Bund Freier Elternschaften Deutschlands zu den katholischen Forderungen Stellung: «Wenn der Sozialismus die unaufgebbaren Wahrheiten des Katholizismus respektiert, wird er aufgehört haben, Sozialismus zu sein. Die SPD müßte nicht nur ideologischen Ballast abwerfen, sondern alles verleugnen, was ihr Wesen ausmacht. Sie müßte geistigen und politischen Selbstmord begehen, ihre Mitglieder und Anhänger enttäuschen, ja geradezu von sich scheuchen. Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus sind zu hohe Güter, als daß sie wegen einer Verständigung mit dem Katholizismus jemals preisgegeben werden könnten.»

Der «Vorwärts», das Organ der SPD, kritisiert die erwähnten Vorkommnisse am Gewerkschaftskongreß. Die christliche Kollegenschaft im DGB habe sich als Organisation in der Gewerkschaft sehr ausgedehnt und mit einem Generalssekretär und einem Zentralausschuß an der Spitze Landes-, Kreis- und Ortsausschüsse gebildet, ihr Organ diffamiere den DGB und setze ihn häufig herab. «An der Spitze der Kollegenschaft steht nämlich ein hartgesottener Berater, der mit allen Wasern gewaschen und mit allen Oelen gesalbt ist.»

Gibt man dem Teufel den kleinen Finger, so nimmt er die ganze Hand.

I-D.